



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/MI/16 - 19. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kampf um das Wahlgesetz	S. 1
Die Zerstörungen nach der McCarthy-Flut	S. 3
Dachverband "Deutscher Jugendbund Kyffhäuser"	S. 3

Zur Diskussion über das Wahlrecht

von H.G.Ritzel, M.d.B.

In dem Bericht der vom Bundesministerium des Innern eingesetzten Wahlrechtskommission wird der sehr berechnete Rat erteilt, ein neues Wahlrecht von einer möglichst breiten Mehrheit des Bundestages verabschiedet zu lassen. Dieser Rat ist besonders im Hinblick auf den mit der Beseitigung der Monarchie und des Obrigkeitstaktes eingeleiteten Funktionswandel des Parlaments begründet.

Das moderne Parlament ist in ganz anderer Weise und mit viel weittragenden Wirkungen zum Kampfplatz der Interessen geworden. Das ergibt sich aus den parlamentarischen Auseinandersetzungen an sich, ebenso aber auch aus der aus nicht immer sauberen Quellen gespeisten riesigen Propaganda, die wir aus 1953 noch in unangenehmster Erinnerung haben.

Die selbstverständliche Forderung, dass staatspolitische, dem Grundgesetz gerecht werdende und nicht partipolitische Entscheidungen ein neues Wahlrecht herbeiführen sollten, soll offensichtlich eine Illusion bleiben. Wenn sich die CDU entschließt, mit ihrer heutigen Parlamentsmehrheit sich über alle Einwände hinwegzusetzen und ein System zum Gesetz zu erheben, das die Einheitslichkeit der Wahl und die Gleichwertigkeit der Stimmen verletzt und das einen Teil der Wähler begünstigt, dann wird eine politische Entwicklung eingeleitet, die letzten Endes zu einer Radikalisierung der Benachteiligten führen muss, deren Kosten der demokratische Gedanke und die demokratische Wirklichkeit zu tragen haben werden. Staatspolitische Verantwortung handelt anders!

Die personalisierte Verhältniswahl, wie sie die sozialdemokratische Partei vorschlägt, wird durch das von der CDU eingebrachte soge-

nannte Grabensystem in ihren Wirkungen bewusst verfälscht. Die oben erwähnte Wahlrechtskommission erkennt durchaus an, dass im geltenden Wahlrecht das Persönlichkeitsmoment bei der Auswahl der Kandidaten voll zur Geltung kommen kann und dass ein entsprechendes Vertretungsverhältnis des Wählers zu seinem Abgeordneten bei diesem System gesichert ist. Darüber hinaus bürgt dieses System wie kein anderes für die Gleichwertigkeit sämtlicher Wählerstimmen.

Auch der Versuch, Listenverbindungen einzufügen, wie sie die CDU beabsichtigt, widerspricht dem Wählerwillen. Der Wähler hat ein Recht darauf, die von ihm getroffene Entscheidung nicht nachher manipuliert zu wissen. Er will nicht etwa links wählen und dann erleben, dass seine Stimme einer Rechtspartei und ihren Kandidaten zugute kommt. Das Wahlrecht darf nie und nimmer zu einem Instrument der Tagespolitik erniedrigt werden. Darum ist auch der nach englischem Wahlrecht gemachte Vorschlag des Bundestagesabgeordneten Dr. Mommer. berechtigt, der in Hinblick auf die jetzige Aufgabe des Bundestages, ein endgültiges Wahlrecht zu schaffen, vorschlägt, dass dieses Wahlrecht nicht schon bei der kommenden Wahl des Bundestages, sondern erst bei der Neuwahl des Bundestages 1961 zur Anwendung kommen soll.

Auch wenn sich die Hoffnungen des deutschen Volkes auf eine Wiedervereinigung in der Zwischenzeit erfüllen würden, liesse sich ein vom gesamten Parlament getragenes, einwandfrei demokratisches und den Bestimmungen des Grundgesetzes entsprechendes Wahlrecht der personalisierten Verhältniswahl für die Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments sehr wohl anwenden. Die Wirkung des sogenannten Grabensystems dagegen würde bei allengesamtdeutschen Bestrebungen in verhängnisvoller Weise in Erscheinung treten müssen und die CDU müsste sich sagen lassen, dass sie einmal mehr eine gegebene Zusage nicht gehalten hat, denn sie hat erklärt, dass sie bei der Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments für das System der Verhältniswahl eintrete.

Das deutsche Volk wünscht in der Bundesrepublik und später im gesamtdeutschen Raum ein freies Parlament. Ihm ist nicht mit den verderblichen Auswirkungen eines grundgesetzwidrigen und einen Großteil der Wähler entrechtenden Wahlrechts gedient, ebenso nicht mit einer durch Wahlrechtsmanipulationen ihrer wahren Bedeutung beraubten Sozialdemokratie. Man wird sich deshalb bis zum Äussersten der Absicht der CDU widersetzen, auf dem Wege über dieses System der Meinungsverfälschung den eigenen Totalitätsanspruch durchzusetzen.

Krankenhauspflege staatsgefährlich?

D.C., Washington, Mitte Januar

Vor einem Senats-Unterausschuss fand dieser Tage eine Befragung über Inhalt und Methoden der Loyalitätsverfahren statt, bei denen die Gesinnung, Vergangenheit und gesellschaftlicher Umgang von Beamten auf sogenannten "empfindlichen" Posten überprüft wird. Bei dieser Gelegenheit wurde enthüllt, dass kürzlich der Kreis dieser untersuchungsbedürftigen Posten erweitert wurde, dass zum Beispiel mehrere hundert Dienstposten in der "Veterans Administration", die sich mit den Bedürfnissen ausgeleiteter Soldaten beschäftigt und unter anderem Spitäler für sie führt, ebenfalls als "empfindlich" erklärt wurden. Warum, fragte eines der Kommissionsmitglieder, werden Leibschüsselträger in Veteranenspitälern investigiert? Der Vorsitzende der obersten Personalverwaltung in Washington, Young, erklärte darauf mit einem witzig sein sollenden Einwurf: "Es kommt darauf an, um wessen Leibschüssel es sich handelt..." Als ob die Leibschüssel eines Generals ein Gegenstand nationaler Sicherheit und Objekt besonderer staatsbürgerlicher Loyalität sein könnte...

Bedeutet eine Atmosphäre, in der eine solche Äusserung oder eine Untersuchung über kommunistische Tendenzen in der "New York Times" möglich sind, einen Rückfall in den McCarthyismus, ein Überleben dieser Geistes- und moralischen Krankheit auch nach dem zumindest vorübergehenden politischen Tode ihres Urhebers, oder nur eine Folgeerscheinung einer noch nicht ganz überwundenen sonderbaren Krise?

Flut zurückgewonnen, Schaden bleibt zurück

Das waren die Fragen, die mich bewegten, als ich Joseph Rau Jr., einen der bekanntesten Anwälte Washingtons, den Rechtsvertreter der Automobilwerkstatt in der Hauptstadt, aufsuchte, den Mann, der wie kaum ein anderer den Kampf gegen die McCarthy-Suche und ihre diversen Erscheinungsformen in unzähligen Verfahren vor den diversen "Loyalty-Boards" und vor Gerichten geführt hat. Joseph Rau ist auch der Vorsitzende der bei Reaktionen* Vereinigung "Americans for Democratic Action", eine Vereinigung, die, ohne parteipolitisch gebunden zu sein, die fortschrittlichen Kreise zu vertreten und die Fortschrittsfreunde im Kongress vorwärtszutreiben sucht. Joseph Rau antwortete auf meine Frage nach dem gegenwärtigen Stand des McCarthyismus sehr präzise: "Der Höhepunkt der Flut ist vorüber; die Überschwemmung ist zurückgegangen, die Zerstörung ist zurückgeblieben. Wir sind mit dem Wegräumen des Schattes beschäftigt."

Ist eine solche Äusserung wie die über die Leibschüsseln oder die Untersuchung gegen die "New York Times" nicht wieder eine Rückkehr der Flut?, fragte ich. Nein, war die Antwort, das ist eben der Schaden, mit dessen Aufräumung wir beschäftigt sind, obwohl die Bemerkung über die Leibschüsseln eines der Ärgsten, aber zugleich kennzeichnendsten Anzeichen des Umfangs des Schadens ist, meinte Rau.

Acht bis zehn Millionen Amerikaner unter dem Schatten der Untersuchungen

Wir sprechen über die Art des Schadens: was sei im Augenblick die grösste Zerstörung auf dem Gebiete der amerikanischen Freiheit und Demokratie? Rau antwortete wieder sehr präzise: die Tatsache, dass -4-

* vial umstrittenen

noch immer acht bis zehn Millionen Amerikaner von solchen Loyalitätsuntersuchungen in ihren Alltagsleben und in ihren "Jobs" abhängen. Der Begriff der "Sicherheit" und "Loyalität", der durch die Welle des Misstrauens geschaffen wurde, bedeutet, dass nicht etwa nur Männer und Frauen an wichtigen diplomatischen oder anderen vertraulichen Dienstverwendungen, sondern Seeleute, Hafendarbeiter, Soldaten, vor allem aber die Arbeiter und Angestellten in allen Betrieben nicht nur mit Regierungsaufträgen für die Verteidigung, sondern mit "heiklen" Produktionsprogrammen etwa von Materialien, die für Rüstungsproduktion als Rohmaterial in Frage kommen könnten, solchen Untersuchungen unterworfen sind; nicht nur sie, sondern ihre Familienangehörigen. Das sind, wie man berechnet hat, mindestens acht Millionen Menschen. Gerade als Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitern konnte Rauh feststellen, wie diese "Flut" in Privathäuser eindrang, Menschen erfasste, die im Betrieb aus anderen als Loyalitäts-Gründen unbeliebt waren, und sich zu einer Befürchtung bei intensiver gewerkschaftlicher Betätigung zu entwickeln drohte.

Wer hat McCarthy zurückgewiesen?

Was hat zum Zurückweichen der Flut geführt? Welcher Faktor war der wichtigste im erfolgreichen Kampf gegen McCarthys Offensive? Rauh hatte auch darauf eine festumrissene Antwort bereit: die Vernunft des amerikanischen Volkes.

Als die Amerikaner auf den Fernseh-Apparaten sahen, mit welcher Brutalität McCarthy in den berühmten Verhören in seinem Konflikt mit der Armee gegen jedermann vorging, als insbesondere Zehntausende Amerikaner in kleinen Orten, Menschen, die ihren Nachbarn als ordentliche einfache Menschen bekannt waren, in Untersuchungsverfahren verwickelt wurden, weil sie in Betrieben mit Rüstungsaufträgen arbeiteten, da erkannte der berühmte Mann von der Strasse, wie die Misstrauenswelle alle Zweige des amerikanischen Lebens zu überschwemmen drohte. Da begann der wirksamste Kampf gegen den McCarthyismus, bei der Ablehnung durch die denkenden Amerikaner. Erst dann kamen die Politiker in durchaus verschiedenartigem Tempo.

Wird die Schmutzwelle noch einmal zurückkehren? Rauh meint: Nicht, wenn sich die weltpolitische Lage nicht wieder wesentlich verschlechtert. Der McCarthyismus war die innenpolitische Kehrseite und die Ausbeutung einer bösen weltpolitischen Situation. McCarthy und der Weltkommunismus helfen einander. Wenn sich die Weltlage nicht wieder verschlechtert, dann besteht die Möglichkeit, dass McCarthy, dessen Sitz im Senat im Jahre 1958 abläuft, geschlagen wird. Aber selbst das würde nicht das Ende aller Spuren des McCarthyismus bedeuten. Der Bürokratismus hat sich zu einer Systematisierung der Loyalitätsuntersuchungen verleiten lassen, als die allgemeine Einschüchterung einsetzte. Darin, in der Langsamkeit, mit der die Bürokratie wieder zu ihren früheren Methoden zurückfindet, liegt gegenwärtig eines der schwersten Probleme. Es ist die Theorie der für die nationale Sicherheit bedeutungsvollen Leibschlüssel, die im Augenblick die größte Gefahr ist. Denn wenn die Leibschlüsselträger Träger staatspolitischer Geheimnisse sind, wer ist noch glücklich genug, nicht im Mittelpunkt der militärischen und nationalen Sicherheit zu stehen?

"Jugendführer"- und Verführte

en. Hannover

Bereits seine dritte Bundestagung hat Anfang des Jahres der "Deutsche Jugendbund Kyffhäuser" in Hannover abgehalten. Man hörte mit Erstaunen, dass es so etwas schon wieder so lange gibt. Offenbar hat dieser Jugendbund aber die letzten Jahre unter Ausschluss der Öffentlichkeit gewirkt, was ihn um so zwielichtiger erscheinen lässt. Dafür will er in diesem Jahr als Sammlungsbewegung die "vaterländischen Jugendverbände" zur "dritten Kraft unter den Jugendorganisationen" werden lassen. Das macht ihn um so interessanter.

"Jungsturm", "Jungdeutschlandbund" und "Deutsche Jungkameradschaft" hätten sich dem neuen Dachverband schon angeschlossen, wurde in Hannover mitgeteilt. Die "Deutsche Jungkameradschaft", die ihren Sitz in Lüneburg hat, geht auf einstige SRP-Jugendgruppen zurück. Das wurde nach einer polizeilichen Durchsuchung ihres Geschäftlokals festgestellt, die vor einigen Monaten erfolgt war, nachdem die "Jungkameradschaft" im DRP-Mitteilungsblatt "Reichsruf" Mitglieder geworben hatte.

Zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem "Jugendbund Kyffhäuser" hätten sich ausserdem andere "nationale Jugendverbände" bereit erklärt, konnte man weiter hören: das "Jugendkorps Scharnhorst", der "Bund deutscher Jungen", die "Bismarck-Jugend", die "Deutsche Jugend im VAS" und die "Marine-Jugend". Diese Liste sieht auf den ersten Blick eindrucksvoller aus, als sie in Wirklichkeit ist. Vorläufig zählen die Mitglieder dieser sich so überaus vaterländisch und wehrbejahend gebenden Gruppen erst nach Dutzenden, allenfalls nach Hunderten.

Aber sie wachsen schnell. Die "Marine-Jugend" begann 1953 mit dreissig Jungen; beim Wilhelmshavener "Skagerak-Treffen" 1955 marschierten bereits mehrere hundert uniformierte Marine-Pimpfe auf. Das erste Dutzend "Scharnhorst-Jugend" versammelte sich im Juni 1955 vor der Goslarer Kaiserpfalz anlässlich des Stahlhelm-Bundestreffens. Knapp

ein halbes Jahr später marschierten zur Scharnhorst-Gedenkfeier in Bordenau am Steinhuder Meer runds zweihundert Jungen vor den höchst erstaunten Würdenträgern Niedersachsens auf. Sogar einen Spielmannszug hatten sie mitgebracht.

Nach den politischen und kriminellen Skandalen um die von der SRP gegründete "Reichsjugend" war es in den letzten Jahren um die ehemaligen HJ-Führer, die hier wieder ein Betätigungsfeld gesucht hatten, still geworden. Jetzt tauchen ihre Namen wieder auf, diesmal allerdings nicht im Gefolge rechteradikaler Parteien, sondern als Anhang der politisierenden Soldatenbünde. Stadt- und Kreisjugendringe erhalten oft, begleitet von Unmissverständlichen Drohungen, die Aufnahmeanträge dieser Vereine. An manchen Orten hat man sich bereits einschüchtern lassen und "um des lieben Friedens willen" Verbände wie die "Marinejugend" oder die "Deutsche Jugend im VdS" (beide finanziert von kapitalstarken Soldatenbünden) aufgenommen. In anderen Orten hat man sich nicht ins Eckshorn jagen lassen. Die Jugendringe haben die Aufnahme mit der Begründung abgelehnt, in den betreffenden Verbänden werde keine echte jugendpflegerische Arbeit geleistet und es handele sich nicht um unabhängige Jugendorganisationen.

Dass örtliche Gründungen und auch Zusammenschlüsse auf Bundesebene - wie in Hannover - gerade jetzt erfolgen, hat natürlich seinen Grund. Wer jetzt nicht in das Propagandageschäft mit der Wiederbewaffnung einsteigt, wird später keine Gelegenheit mehr dazu haben. Die "Jugendführer", die diese Verbände managen, sind ehedem nicht mehr die Jüngsten. Sie hoffen für ihren Lebensabend auf eine fette Pfründe aus dem Propagandafonds des Verteidigungsministers. Im Interesse unserer Jugend sollte man wünschen, dass sie vergehen hoffen.

- + +

Verantwortlich: Peter Asmuth